

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pphn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Heinz Westphal MdB nimmt Stellung zu der Rüge des Generalkonsuls Steinkühler: Rüge schleunigst zurücknehmen.

Seite 1

Hedda Jungfer MdL kritisiert die Preisverleihung der bayerischen Staatsregierung: Staatsregierung ignoriert künstlerische Leistungen von Frauen.

Seite 2

Dokumentation:

Der SPD-Unterbezirk Frankfurt macht Vorschläge zur Verbesserung der Mitarbeit in den Ortsvereinen: Arbeiten und Leben in der SPD.

Seite 3

44. Jahrgang / 11

16. Januar 1989

Rüge schleunigst zurücknehmen

Zu den Vorgängen um den Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Mailand, Manfred Steinkühler

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Auf dem deutschen Soldatenfriedhof Costermano in Nord-Italien sind über 20.000 gefallene deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges beerdigt, deren Gedanken jährlich am Volkstrauertag geehrt wird.

Im November des vergangenen Jahres weigerte sich der deutsche Generalkonsul in Mailand, Dr. Manfred Steinkühler, diese Ehre vorzunehmen, weil sich auch die Gräber desjenigen SS-Schergen und zweier seiner Mitarbeiter auf dem Friedhof befinden, der als erster die Gaskammer in der Praxis erprobte und später für vier Konzentrationslager verantwortlich war.

Wenn es zutrifft, daß der Generalkonsul jetzt dafür von seinem Dienstherrn gerügt wurde, dann muß diese Rüge schleunigst zurückgenommen werden. Auch Herrn Kohls peinlicher Auftritt in Bitburg darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges beleidigt werden, wenn man sie auf eine Stufe mit den SS-Schergen stellt, mit Mördern in Uniform.

Aufgabe des Auswärtigen Amtes und seiner Mitarbeiter ist vor allem, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu vertreten. Wenn der deutsche Generalkonsul in Mailand durch seine Haltung und sein Handeln deutlich gemacht hat, daß wir unsere Geschichte nicht verdrängen, sondern zu ihr stehen und unsere Konsequenzen daraus ziehen, hat er unsere Interessen im Ausland hervorragend vertreten.

(-/16.1.1989/vo-he/st)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindertem Umfang
mit unrauhem Rohpapier
Recycling-Papier



Bayerische Staatsregierung ignoriert künstlerische Leistungen von Frauen

Zwölf Förderpreise nur an Männer verliehen

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag

Vom bayerischen Wissenschaftsminister Wolfgang Wild erwarte ich eine öffentliche Stellungnahme zu dem skandalösen Vorgang, daß alle mit je 10.000 Mark dotierten zwölf Förderpreise, die das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst 1988 an junge KünstlerInnen vergeben hat, nur Männern verliehen wurden. Die Staatsregierung vergibt Preise in Bereichen, die für herausragende Frauenleistungen bekannt sind (Ballett, Schauspielkunst, Musik und bildende Kunst). Es ist schon mehr als verwunderlich, daß sie hier kein forderungswürdiges weibliches Wesen entdecken konnte. Ein schlagenderes Beispiel für die Ignorierung dieser Frauenleistungen kann ich mir kaum vorstellen, wenn die Staatsregierung nur Männer mit den Förderpreisen dekoriert. Zum Glück fällt diese Diskriminierung der Frau mittlerweile auf die Verantwortlichen als Schimpf zurück.

In einer Schriftlichen Parlamentsanfrage will ich nun wissen: Aus welchen Personen welcher Institutionen besteht die Jury, die die preiswürdigen Nachwuchs-KünstlerInnen auswählt? Welches sind die Kriterien für die Preiswürdigkeit bei diesen Förderpreisen? Wieviele Männer und wieviele Frauen erhielten in den vergangenen fünf Jahren den Förderpreis verliehen? (Die einzelnen Jahre bitte gesondert auflisten.) Wieviele Männer und wieviele Frauen sind Studierende der einschlägigen Kunst-richtungen beziehungsweise des Personenkreises, aus dem die Jury auswählt?

Hält die Staatsregierung die öffentlich geäußerte Kritik eines der Preisträger 1988 an der „reinen Männerriege“ unter den PreisträgerInnen für berechtigt - oder ist sie der Meinung, es habe keine preiswürdige Frau gefunden werden können?

Hat der zuständige Staatsminister vor der Verleihung Bedenken gegen die rein männliche Auswahl vorgetragen? Hält die Staatsregierung unter dem Gesichtspunkt dieser geschlechtsspezifischen Auswahl eine Revision des Auswahlverfahrens in der Zukunft für notwendig?

In diesem Zusammenhang erinnere ich an einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode, einen Frauenförderpreis zu stiften. Diesen hatte die CSU mit ihrer Mehrheit im Plenum abgelehnt. Wie ein Hohn mutet jetzt das damalige Argument der CSU an: Es gebe angeblich in allen Bereichen genügend Preise, die Staatsregierung achte ja darauf, daß es bei der Preisvergabe keine Frauendiskriminierung gebe.

(-/13.1.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATIONArbeiten und Leben in der SPDEin Organisationsvorschlag aus dem Unterbezirk Frankfurt

Es ist kein Geheimnis: Nur ein kleiner Prozentsatz der SPD-Mitglieder nimmt an Arbeit und Leben im Ortsverein teil. Für viele Sympathisanten auf der Suche nach politischer Betätigung scheinen Parteieintritt und Mitarbeit nicht attraktiv. Das liegt nicht an mangelndem Einsatz von Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen, es dürfte vielmehr daran liegen, daß ein Ortsverein mit einer sehr vielschichtigen Mitgliedschaft (in der Volkspartei SPD heute der Normalfall) nicht allen Interessen von Mitgliedern und Sympathisanten gerecht werden kann. An dieser Stelle setzt ein Diskussionspapier an, das Antje Arold-Hahn, die Vorsitzende der SPD-Frauen in Frankfurt, und Manfred Hahn, Vorsitzender der Selbständigen in der Frankfurter SPD, ihrem Unterbezirksvorstand unterbreitet haben. Wir dokumentieren es im Wortlaut.

1. Zustandsbeschreibung

Die Arbeit in der Partei, insbesondere in den Ortsvereinen, erschöpft sich weitgehend im Administrativen. Selbst themenbezogene Veranstaltungen (Mitgliederversammlungen) werden in der Regel nur von einer geringen Zahl der Mitglieder besucht, und zwar von den parteipolitisch engagierten (Funktionären) und allenfalls denjenigen, meist älteren Genossinnen und Genossen, die sich über die Jahre ihrer Mitgliedschaft diszipliniert haben. Die „Aktivitäts-Quote“ liegt im Mittel bei fünf Prozent oder geringfügig höher.

Ein hoher Prozentsatz neuer, meist junger Mitglieder verliert bald den Elan, der zum Eintritt führte; ein Teil verläßt die Partei nach kurzer Zeit wieder. Gründe für die mangelnde Aktivität vieler Mitglieder und für die offenbar geringe Attraktivität der Parteilarbeit sind im folgenden zu suchen:

Informationswert von Veranstaltungen

Der Ortsverein, seine Sitzungen und Veranstaltungen sind nicht mehr, wie möglicherweise in früheren Jahren, die einzige (beste) Informationsquelle für politische Nachrichten und der einzige dem Mitglied zugängliche Ort für deren Diskussion. Dies wird inzwischen von schreibenden und sendenden Medien in großer Vielfalt gründlicher besorgt. Insofern sind die Veranstaltungen im Parteirahmen weniger informativ und bleiben folgenlos.

Auswahl der Themen

Sie sind gezwungenermaßen oft wahlkampforientiert, werden darüber hinaus in der Regel (und mit zeitlicher Verzögerung!) gewählt nach dem tagespolitisch interessantesten Vorkommnissen oder Problemen und decken deswegen spezielle Interessen allenfalls zufällig ab.

Stil und Verlauf der Sitzungen und Veranstaltungen

Die parteipolitisch engagierten Genossinnen und Genossen haben einen (parteiinternen) Wissensvorsprung, außerdem Diskussionsroutine. Werden diese Vorteile ausgespielt, führt das zur Frustration der übrigen Anwesenden.

Arbeit und Leben im Ortsverein

Der Ortsverein ist selten in der Lage, dem einzelnen Mitglied die Möglichkeit zur Mitwirkung an besonders interessanten Themen (Projekten) zu bieten. Viele Genossinnen und Genossen sind an organisatorischer Arbeit nicht interessiert, wohl aber (vorübergehend oder auf Dauer) für ein bestimmtes Projekt oder ein abgegrenztes spezielles Interessengebiet zu begeistern (Beispiele: Ostermarsch, kulturelle Aktivitäten, Kommunalpolitik).

Diese Mitglieder erlangen kaum jemals Einfluß auf die Willensbildung übergeordneter Gremien, da die Delegiertenmandate in den Ortsvereinen häufig als Prämie für administrativen Fleiß vergeben werden.

Die Mitglieder unserer Partei kommen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen mit unterschiedlichem Bildungs- und Ausbildungsstand; die Tatsache, der gleichen Partei anzugehören, reicht allein nicht hin zum Empfinden menschlicher Zusammengehörigkeit. Geselliges Beisammensein, persönlicher (privater) Kontakt finden im Ortsverein allenfalls „gruppenintern“ statt. So fehlt eine wichtige Komponente zur Ausbildung eines „Wir-Gefühls“, letztlich der Solidarität.

Die unterschiedlichen Erwartungen, welche die Mitglieder an ihr soziales Umfeld und damit auch an die Partei als gesellschaftlicher Gruppe knüpfen. Spätestens seit Veröffentlichung der „SINUS-Studie“ (Infratest/SINUS/Becker '84) ist bekannt, daß die Bewertung der Lebensgüter speziell durch die der SPD nahestehenden sozialen Milieus deutlich unterschiedlich ist, was man sicher auf die Mitgliedschaft der Partei übertragen darf.

Viele Mitglieder vermissen in den Aktivitäten des Ortsvereins diejenigen, auf die speziell sie besonderen Wert legen. Die einen die intellektuelle, kurz- oder längerfristige, eingehende Beschäftigung mit Themen eigener Wahl, die anderen den sozialen Kontakt, welcher durchaus auch (anscheinend) unpolitisch sein darf.

Die vorhandenen Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sind nicht zahlreich (und manche auch nicht aktiv) genug; sie sind oft den Mitgliedern nicht bekannt. Stets aber ist ihre Arbeit auf Dauer angelegt und läßt kaum Raum für befristete Initiativen. Themen und Arbeitsweise folgen eingefahrenen Spuren.

Es darf angenommen werden, daß manches unserer bisher inaktiven Mitglieder sich einer Gruppe von Genossinnen und Genossen anschließen würde, die nicht in seinem Stadtteil/Ortsteil wohnen, aber seine speziellen Interessen teilen, wenn ihm solche Gruppe bekannt wäre oder die Suche danach erleichtert würde.

2. Organisatorische Vorschläge

Die Partei fördert und unterstützt auf Unterbezirksebene die Gründung von Arbeits-, Diskussions- und Freizeitgruppen, die unabhängig von den Vorständen des Unterbezirks beziehungsweise des Ortsvereins frei arbeiten können. Inhaltliche Grenzen sind erst dort gesetzt, wo Grundpositionen der Partei verletzt würden.

Die Frage nach Öffnung derartiger Gruppen für Nichtmitglieder scheint diskussionswürdig.

Die Genossinnen und Genossen in den Arbeitsgruppen werden motiviert dadurch, daß ihnen Antragsrecht auf Unterbezirksebene eingeräumt wird, sofern eine Mindestzahl von Delegierten (20 – 30?) den Antrag unterstützt. Eine Sprecherin/ein Sprecher dieser Gruppe erhält das Rederecht zur Diskussion dieses Antrags.

Allein das Bemühen um Unterstützung eines Antrages durch ordentliche Delegierte trägt die Intention des Antrages und seine Diskussion in die Ortsvereine.

Der Unterbezirk ermöglicht und unterstützt die Herausgabe eines Mitteilungsblattes, welches periodisch erscheint und allen Mitgliedern zugeht. Dieses Blatt nimmt auf:

- Mitteilungen über Aktivitäten des UBV, der Fraktion, der Ortsvereine, Ortsbeiräte, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise et cetera,
- Mitteilungen der Arbeits-, Diskussions- und Freizeitgruppen,
- Suchanzeigen nach solchen, von solchen Gruppen,
- private Geschäftsempfehlungen von Mitgliedern.

Mit Ausnahme der Privat-Anzeigen ist die Inanspruchnahme des Blattes kostenlos. Das Blatt wird redigiert und gestaltet von Genossinnen und Genossen, die weisungsunabhängig arbeiten. Die Kosten des Blattes trägt der Unterbezirk.

(/16.1.1989/vo-ha/rs)